

Protokoll

Tagung des Fachbereichs Erziehungshilfe

Termin: 06.10.2011, 10.30 Uhr bis 15.00 Uhr
Ort: Kinderkrankenhaus „Auf der Bult“
Ärzte-Bibliothek
Janusz-Korczak-Allee 12, 30173 Hannover
Teilnehmer/innen: siehe Teilnehmerliste

TOP 1 Begrüßung/Einführung in die Tagesordnung

Herr Schubert begrüßt alle Anwesenden. Anschließend führt er kurz in die Tagesordnung ein. Anmerkungen bzw. Ergänzungen zur Tagesordnung gibt es nicht.

TOP 2 Aktueller Sachstand der Rahmenvertragsverhandlungen nach §78f SGB VIII

Herr Schubert erläutert den Sachstand der lfd. Verhandlungen unter Verwendung der als Anlage zu Top 2 beigefügten Präsentation anhand der folgende Eckpunkte:

- Die UAGs und die AG, die für die Rahmenvertragsverhandlungen gebildet wurden, haben ihre Arbeit erledigt. Nicht konsensfähige Punkte wurden in die große Runde zurückgegeben. Diese tagt am 17.10.11.
- Einigkeit besteht bei dem verbindlichen Raster eines Leistungsangebotes und dem Formblatt der Leistungsvereinbarung. Über eine Qualitätsvereinbarung wird nicht verhandelt. Sollte es einen neuen Rahmenvertrag geben, wird eine AG gebildet, die innerhalb von einem Jahr eine neue Qualitätsentwicklungsvereinbarung ausarbeiten soll.
- Weiter wurde eine Einigung beim Entgelt- und Kalkulationsblatt, sowie der Entgeltvereinbarung erzielt. Herr Schubert stellt das Kalkulationsblatt kurz vor.
- Im neuen Rahmenvertragstext soll vieles eindeutiger sein, als im alten. D.h. es müssen z.B. bei den Investitionsfolgekosten mehr Dokumente, wie Miet-/Pachtvertrag, zwingend vorgelegt werden. Die Aufzählungen sind dafür aber abschließend und orientieren sich an dem, was in der Praxis aktuell üblich ist.
- Die 6-Wochenfrist wird in Zukunft ausgelöst, wenn folgende Unterlagen eingereicht wurden: Leistungsangebot, Entgeltblatt einschl. Kalkulationsblatt, Nennung des Hauptbelegers, weitere Unterlagen zu den Investitionsfolgekosten (falls sich hier etwas geändert hat).
- Herr Schubert erläutert kurz den Vorschlag einer Sachkostenpauschale. Dieser wird aber wahrscheinlich am 17.10.11 vom Tisch genommen.
- Die Eigenkapitalverzinsung wird sich von 4% auf 2% + Basiszinssatz verändern.
- Weiterhin bestehende Baustellen sind die Auslastungsquote, die Plausibilitätsgrenze für die Personalkosten, die Forderung nach einer Umsetzung des Leistungs- und Kostenvergleiches (externer Vergleich) und die Sonderaufwendungen im Einzelfall.
- Es steht noch nicht fest, ob und wenn ja wie, der Infokatalog fortgesetzt wird. Er müsste auf jeden Fall neu aufgebaut werden, da der neue Rahmenvertrag anders strukturiert sein wird. Eine Sinnhaftigkeit eines neuen Infokataloges ist auch für die kommunale Seite zur Zeit nicht unbedingt gegeben.
- Herr Schubert weist ausdrücklich darauf hin, dass alles, was bislang ausgearbeitet wurde, unter Vorbehalt steht. Jede Seite kann jederzeit Konsensvorschläge zurücknehmen.

In der anschließenden Diskussion wird u. a. erörtert, dass

- Ein Rahmenvertrag grundsätzlich gewünscht wird, aber nicht um jeden Preis
- Nicht jede Einrichtung eine Inventarliste hat
- Herr Schubert bringt einen neuen Vorschlag zur Darstellung der Personalkosten, als Kompromiss in Zusammenhang mit der Forderung einer Auslastungsquote (wie im alten Rahmenvertrag), ein. Dieser stößt auf Zustimmung. Die Fachbereichsversammlung hat gegen diesen Vorschlag keine Einwände, wenn er ein Durchbruch bei den Verhandlungen bedeutet. Herr Schubert weist darauf hin, dass dieser Vorschlag in der LAG FW noch abgestimmt wird und die kommunale Seite noch keine Kenntnis davon hat und auch nicht haben soll.

Herr Schubert gibt zu verstehen, dass wahrscheinlich in der großen Verhandlungsrunde am 17.10.11 eine Entscheidung fallen wird. Entweder gelingt der Durchbruch bei den Verhandlungen, oder es wird das Scheitern erklärt. Abhängig ist dies von der kommunalen Seite. Die bisherigen Erfolge basieren auf Zugeständnissen der freien Wohlfahrtspflege. Wenn sich die Kommunen nicht bewegen gibt es nichts zu verhandeln.

TOP 3 Norbert Struck (Jugendhilfereferent) referiert zum Thema Ombudschaft in der Jugendhilfe

Anhand der in der Anlage „Ombudschaft“ beigefügten Präsentation geht Herr Struck auf das Thema Ombudschaft in der Jugendhilfe ein.

Zusätzlich erklärt er, dass es beispielweise in Schleswig Holstein lokale Bürgerbeauftragte gibt, die die Funktion/Rolle einer Ombudsstelle haben. Weiterhin macht Herr Struck deutlich, dass die aktuelle Gesetzesänderung im SGB VIII keine Ombudsstellen vorsieht. Eine deutschlandweite Einheitlichkeit in der Umsetzung sieht er nicht, was dem Föderalismus geschuldet ist.

Die Kinder- und Jugendhilfe sollte keine „Generalzuständigkeit“ bei diesem Thema zugeschrieben bekommen. Es ist wichtig andere Handlungsfelder ebenfalls mit einzubeziehen, wenn so eine Stelle eingerichtet wird. Hierzu zählen beispielsweise Schule und Behindertenhilfe. Man kann davon ausgehen, dass auch andere Anspruchsberechtigte das Aufgabenfeld mitbestimmen werden.

In Deutschland wurde ein Petitionsausschuss eingerichtet, an den sich der Bürger wenden kann. Für den Personenkreis, der durch das Ombudschaftsmodell angesprochen werden soll ist dies allerdings kein einfacher Weg und dauert viel zu lange. Daher muss eine Ombudsstelle niedrigschwellig und leicht erreichbar (lokal) sein.

Für die Finanzierung einer Ombudsstelle ist noch kein Idealweg gefunden worden. Eine Möglichkeit wäre die Finanzierung über das Entgelt. Dies wäre eine unabhängige Möglichkeit.

Zum Thema Übergriffe von Mitarbeitern sind die Einrichtungen aufgefordert selbstständig ein Konzept zu entwickeln.

TOP 4 Norbert Struck (Jugendhilfereferent) erläutert den aktuellen Sachstand zum Bundeskinderschutzgesetz

Anhand der in der Anlage „Kinderschutzgesetz“ beigefügten Präsentation geht Herr Struck auf den aktuellen Stand des Bundeskinderschutzgesetzes ein.

Zwischen den Fraktionen im Bundestag herrscht Einigkeit. Die aktuellen Streitpunkte liegen zwischen dem Bundestag und dem Bundesrat. Gründe hierfür sind die Finanzierung zu Lasten der Länder und Kommunen und die fehlende Einbindung des Gesundheitswesens in den Gesetzesentwurf.

Herr Struck macht außerdem deutlich, dass für ihn nicht erkennbar ist, warum dieses Gesetz das SGB IX nicht mit einschließt.

Wenn das Bundeskinderschutzgesetz im Bundesrat nicht scheitert, soll es zum 01.01.2012 in Kraft treten.

Herr Schubert bedankt sich bei Herrn Struck für seine Ausführungen und wünscht ihm eine gute Weiterfahrt.

TOP 5 Kurzberichte

- **Aktuelles aus dem Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen e. V.**
- **Aktuelles aus dem Fachausschuss Jugendhilfe der LAG FW**

Aktuelles aus dem Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen e. V.:

Frau Eckhardt dankt Herrn Lampe für die erfolgreiche Führung der Remenhof-Stiftung in über 10 Jahren. Besonders hebt sie sein Engagement im Paritätischen Landesverband hervor. Hier war Herr Lampe seit 2008 Mitglied im Sprechergremium der Hilfen zur Erziehung und seit der Kündigung des Rahmenvertrages in der AG Leistungen und Entgelte tätig. Er war immer offen, humorvoll und mit seinen kreativen Denkanätzen eine große Bereicherung. Frau Eckhardt wünscht Herrn Lampe viel Glück und Erfolg bei seiner neuen Arbeit und lädt ihn ein auch in Zukunft bei uns vorbeizuschauen.

Das Sprechergremium, Herr Ellmer und Herr Kupper, schließen sich ihrer Vorrednerin an und heben noch einmal hervor, wie viel Freude es ihnen gemacht hat mit Herrn Lampe zusammen zu arbeiten.

Frau Eckhardt macht auf die Verbandsratswahl nächstes Jahr aufmerksam. Der Verbandsrat besteht aus 18 Personen (9w und 9m) und wird für vier Jahre gewählt. Sie bittet darum, dass sich Interessierte bei ihr melden.

Ebenfalls neu gewählt wird nächstes Jahr im Herbst das Sprechergremium. Auch hier bittet Frau Eckhardt darum, dass sich Interessierte melden. Das Sprechergremium tagt durchschnittlich einmal im Quartal. Es ist auch möglich einmal als Gast vorbei zu kommen und die Arbeit des Gremiums genauer zu „erfahren“.

Aktuelles aus dem Fachausschuss Jugendhilfe der LAG FW:

Herr Schubert berichtet, dass die Kommunalisierung der Heimaufsicht vom Land geplant ist und dem Städte- und Gemeindetag ein Vorschlag vorliegen soll. Stand von vor 3 Wochen war, dass es noch keine Positionierung von Seiten der Kommunen hierzu gibt. Dem Paritätischen und den anderen Wohlfahrtsverbänden liegen zur Zeit keine schriftlichen Stellungnahmen/Erkenntnisse hierzu vor. Herr Schubert bittet ausdrücklich darum, ihm alles zukommen zu lassen, was dieses Thema konkretisiert. Gerüchte besagen, dass 2012 alle Einrichtungen bis oder unter 7 Plätzen kommunalisiert werden sollen. Bis spätestens 2020 alle anderen Einrichtungen, wahrscheinlich aber schon deutlich früher. Das Land

Niedersachsen behält sich lediglich vor für Projekteinrichtungen mit besonderer Bedeutung die Heimaufsicht zu führen.

TOP 6 Themen die bewegen...
z.B. Themenvorschläge für die Fachbereichsversammlungen 2012

Frau Schumacher stellt die Aktion Mensch Anträge mit dem Schwerpunkt Inklusion vor. Diese sollen Priorität genießen und noch viel Geld im Fördertopf enthalten, s. Anhang „Förderprogramm Inklusion“. Alle, die Fragen haben oder bei ihrem Projekt Hilfe brauchen, können sich gern an Frau Schumacher wenden:

Christiane Schumacher
Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.
Gandhistr. 5a
30559 Hannover
Tel. 0511/52486-395
Fax: 0511/52486-333
E-Mail: christiane.schumacher@paritaetischer.de

Themenvorschläge für die Fachbereichsversammlungen 2012:

- Vorstellung einrichtungsinterner Beschwerdemodelle
- Vorstellung Projekt „Sichere Orte“

Die Sitzung endet um 15.00 Uhr

Die nächste Sitzung des Fachbereiches findet im Frühjahr 2012 statt. Termin und Sitzungsort werden rechtzeitig im Vorfeld bekannt gegeben.

Hannover, den 10.10.2011



Karsten Schubert
Fachberater

gez. Martin Kupper
Albert-Schweitzer-
Familienwerk e. V., Uslar

gez. Christoph Lampe
Remenhof-Stiftung,
Braunschweig

gez. Tim Ellmer
Kinderhaus Wittlager
Land e.V., Bad Essen